	Barriere	Exemplarische Ansätze zur Überwindung der Barriere
	GOVERNANCE	
1.1	Kurze politische Entscheidungshorizonte: sofort wirksame Kosten von Klimaschutz im Widerspruch zu langfristigen Auswirkungen des Klimawandels	Systemischer Ansatz zu Ressourcenmanagement (Dobbs et al., 2011), Transparenz bei Entscheidungssituationen (Held et al., 2007), Veränderung der Diskontierungsraten (Arrow et al., 2004) (siehe 1.2)
1.2	Verwendung hoher Diskontierungsraten für zukünftige Schäden des Klimawandels im Rahmen von Entscheidungsprozessen	Berücksichtigung in den ökonomischen Methoden der Budget-Ansätze (Arrow et al., 2004)
1.3	Politische, institutionelle und ökonomische Pfadabhängigkeiten, Interessensstrukturen sowie VetospielerInnen erschweren den Übergang zu einer nachhaltigen Gesellschaft	Transitionsforschung zur Identifikation von Interessensstrukturen und von „akzeptablen" Lösungen (WBGU, 2011), erhöhte Transparenz bei Entscheidungen (Held et al., 2007)
1.4	Inadäquate Koordination zwischen Energiepolitik und anderen Politikfeldern hinsichtlich Klimaschutz (Verkehr, Landwirtschaft, Tourismus, Raumplanung, Industrie etc.) – führt beispielsweise zu Raumnutzung ohne Rücksicht auf Energiefolgen	Lernende Herangehensweise bei institutionenübergreifenden Steuerungsgruppen (Nilsson und Swartling, 2009), Forschung zu für den Klimaschutz adäquaten Zuständigkeiten und zu Veränderung der institutionellen Mindsets (Dobbs et al., 2011)
1.5	Inadäquate Koordination zwischen unterschiedlichen EntscheidungsträgerInnen (Bund, Land, Gemeinden, Energieversorger, KleinanbieterInnen etc.)	Lernende Herangehensweise bei institutionenübergreifenden Steuerungsgruppen (Nilsson und Swartling 2009), Forschung zu für den Klimaschutz adäquaten Zuständigkeiten und zu Veränderung der institutionellen Mindsets (Dobbs et al., 2011)
1.6	Direkte und indirekte Förderungen energieintensiver Produkte, Dienstleistungen und Infrastrukturen (z. B. durch Subventionen auf Exploration, Förderung von CO_2-intensiven Anpassungsmaßnahmen, ungenügende Planungssicherheit für Erneuerbare z. B. hinsichtlich Einspeisetarife)	Überarbeitung des Förderinstrumentariums, Forschung zu einem systemischen Ansatz des Ressourcenmanagements und dessen Nutzung für politische Entscheidungssituationen (Dobbs et al., 2011)
1.7	Preise der Energieträger bzw. von Gütern und Dienstleistungen spiegeln nicht deren treibhausrelevante Kohlenstoffbilanz wider	Ökologische Steuerreform (Verschiebung der Steuerlast von Arbeit auf Energie) (Bosquet, 2000), Förderung erneuerbarer alleine birgt die Gefahr des Green Paradox (Sinn, 2008; van den Bergh, 2012)
1.8	Folgen des Klimawandels sind vor allem in Entwicklungsländern spürbar, wo die Anpassungskapazitäten niedrig sind und die Verantwortung der Industrieländer für ihren Beitrag zu vergangenen THG-Emissionen gering ist.	Verstärkung des österreichischen Engagements z. B. in den Initiativen der Europäischen Union (z. B. Ressourcenstrategie)
1.9	Mangelnde Kompetenzen bei Planungsaufgaben z. B. im Verkehrswesen, unzureichende Kenntnisse der realen Systemwirkungen	Forschung in Systemwirkungen, Emissionsminderung von Lock-in Situationen und Anpassung der Ausbildung
	WIRTSCHAFTLICHE BARRIEREN	
2.1	Barrieren bei der Dekarbonisierung des Wirtschaftssystems, beispielsweise in Form einer mächtigen Bauindustrie, die gemeinsam mit Banken agiert; Netzwerke von Abhängigkeiten, welche nicht nur innerhalb der Wirtschaft bestehen, sondern auch in die staatliche Verwaltung reichen etc.	Schaffung einer besseren Wissengrundlage über die Dynamik von Innovationsystemen, um deren zentrale AkteurInnen, Netzwerke, und Strukturen, um politische Interventionspunkte identifizieren zu können (Bergek et al., 2008); Verschiebung des Fokus von unternehmerischen Entscheidungen von Arbeits- und Kapitalproduktivität auf Ressourcenproduktivität (Dobbs et al., 2011)
2.2	EigentümerInnen-NutzerInnen-Dilemma: Investitionen zur Energieeinsparung sind z. B. für EigentümerInnen von Büroflächen nicht rentabel, da diese die Kosten oft nicht auf die NutzerInnen übertragen können, obwohl diese daraus einen finanziellen Vorteil ziehen (z. B. thermische Althaussanierung)	Verpflichtender Energieausweis für vermietete Objekte, Mietregulierungen in Abhängigkeit vom Energieverbrauch (Schleich und Gruber, 2008)